

Autonomie und Solidarität

Ein neuer Ansatz politischer Ökologie kommt von dem Ökonomen und Sprecher der französischen Grünen, Alain Lipietz.

Alain Lipietz war im Mai als Gast der GBW in Wien, um sein Buch „Grün. Die Zukunft der politischen Ökologie“ zu präsentieren. Lipietz, einer der bekanntesten Vertreter der „Regulationsschule“, die sich mit den Krisen und Transformationen kapitalistischer Gesellschaften beschäftigt, beschreibt darin eine neue grüne Programmatik, die mittlerweile auch in dem Programmenvurf der hiesigen Grünen Eingang gefunden hat: das Paradigma einer politischen Ökologie. **planet** hat ihn zum Gedankenaustausch.

Von der Kritik an der politischen Ökonomie zur politischen Ökologie – wie kommt ein Ökonom dazu, in die Politik zu gehen? 1968 waren alle von uns strukturalistische Marxisten. Auf Basis des Strukturalismus kontest du aber weder ein guter Politikwissenschaftler sein noch ein politischer Aktivist, weil die gesellschaftliche Struktur als determiniert angenommen wurde und die handelnden Subjekte

Was kommt nach dem Fordismus und was haben die Grünen dabei mitzureden? Ich gehe nicht davon aus, daß es in den nächsten 25 Jahren eine Alternative zum Kapitalismus gibt. Das grüne Modell will aber nicht zurück zum „guten alten Fordismus“, der ja ein extrem umweltzerstörendes Modell war. Das grüne Modell heißt „nachhaltige Entwicklung“ und muß so konzipiert werden, daß eine Transformation der kapitalistischen Logik offen bleibt, ohne in die Pathologien des Sozialismus zurückzufallen.

Wir glauben nicht mehr daran, daß es einen geradlinigen Fortschritt gibt. Wir stehen den Produktivkräften kritisch gegenüber. Das markiert einen Wendepunkt im politischen Denken: Wir sind skeptisch gegenüber politischen Revolutionen, sind aber radikale Reformisten. Eine Beziehung zwischen der Wirklichkeit und dem politischen Projekt ist aber nur mehr durch Dialog und Diskus-

auf Freiheit. Autonomie wird nicht länger nur als Möglichkeit betrachtet, sondern als konkrete Chance eines jeden/einer jeden zu jedem Zeitpunkt. Auch in bezug auf den Wert der Solidarität ist mir eine Erweiterung wichtig. Solidarität meint nicht Gleichheit, wie sie 1789 in der französischen Revolution auf die Fahnen geschrieben wurde. Es geht nicht um Rechte ohne Sicherheit oder Chancengleichheit in einem abstrakten Sinne. Solidarität heißt: Du kannst gewinnen und verlieren, aber wenn du fehlschlägst, dann wirst Du nicht zurückgelassen. Die genannten Werte sind nicht immer vereinbar und können in ein Spannungsverhältnis zueinander geraten. Und damit bin ich beim vierten Wert, der Demokratie. Notwendig sind dialogische und gewaltfreie Debatten.

Machen Werte schon ein politisches Programm? Nein, sie müssen übersetzt werden in ein programmatisches, alternatives Modell. Sie definieren zunächst

zen? Solidarität ist doch nicht nur ein Wert, sondern gründet sich auch auf Interessen?

Die Herausbildung von Interessen ist ein politischer und ein gesellschaftlicher Prozeß, eine komplexe Alchemie. Postfordistische Bewegungen müssen ihre soziale Basis erst finden. Ich bezweifle, daß es heute noch einen direkten Zusammenhang von Klassenkämpfen, sozialen Interessen und Bedürfnissen gibt. Ich halte es da mit Gramsci. Es geht zunächst darum, die kulturelle Hegemonie, die Wertehegemonie zu erobern.

Um Solidarität aufrechtzuerhalten, müssen wir heute mit einer Reihe paradoxer Widersprüche umgehen. Zum Beispiel ist es per se kein „objektives Interesse“ der EuropäerInnen, gegen die Auswirkungen der globalen ökologischen Krise auf den Süden anzugehen.

Der Appell auf Konsumverzicht – „im Namen Chinas höre auf mit dem Autofahren!“ – ist ziemlich illusorisch. Wenn man auch Menschen der Mittelklasse überzeugen will, sollte man von Werten ausgehen und dann auf wesentliche Bedürfnisse abstellen. Also sagen: „Hör auf mit dem Autofahren, denn es geht auch um Deine Gesundheit.“

Die Machtverhältnisse innerhalb des Kapitalismus sind immer schon Kompromisse. Es geht also darum, neue Kompromisse vorzuschlagen und voranzutreiben. Das grüne Paradigma wendet sich auch an Teile der Bourgeoisie und an Fachkräfte. Die

Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit könnte vielleicht die Basis für so ein Bündnis sein.

Noch eine letzte Frage zur Situation in Frankreich. Wie steht es um die Koalition?

Was die grüne Partei betrifft, ist die programmatische Klärungsprozedur und auch die Entscheidung, in die Koalition einzutreten, sehr genau diskutiert worden. Jospin braucht uns. Die Sozialisten waren bei Regierungsverhandlungen inhaltlich ziemlich blank. Unser Programm lag fertig am Tisch und war eigentlich das einzige, was vorgelegen ist. Die 35-Stunden-Woche ist Gesetz ein Modell für Ökosteuern steht kurz vor dem Abschluß, der in Frankreich besonders starke gesellschaftliche Konsens, auch bei den Kommunisten, betreffend Atomenergie brich langsam auf. Unser Programm macht also Fortschritte, aber die kulturelle Hegemonie haben wir nicht. Was wir nämlich verlieren, alle zusammen, ist der Kampf gegen den Rassismus.

Gespräch und Bearbeitung: Karin Fischer / Wilfried Graf

Zur Entwicklung des theoretischen Denkens von A. Lipietz: Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Hg. von Hans-Peter Krebs. Hamburg: Argument Verlag, 1997

Lipietz veranschaulicht Theorie und Methode der französischen Grünen.

Fotos: Christian Fische



draußen blieben. Die Regulationisten haben dann darauf beharrt, daß es zwar eine gesellschaftliche Struktur gibt, aber auch Individuen mit Erwartungen, Handlungsoptionen und Entwicklungsmöglichkeiten. Wir haben uns ja vorrangig mit Krisen und Umbrüchen beschäftigt. Besonders mit der Krise des „Fordismus“, also jenes keynesianischen Modells, das den entwickelten Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 70er Jahre Prosperität beschert hat.

Wie stellt sich die aktuelle Krise dar? Der Fordismus und seine tayloristische Arbeitsorganisation, also die strikte Trennung von Ausführenden und Planern, befindet sich aus zwei Gründen in der Krise: erstens wurde diese Form der Arbeitsorganisation immer ineffizienter, und zweitens setzt die Re-Internationalisierung des Kapitalismus seit den 60er Jahren – gemeinhin „Globalisierung“ genannt – die nationalstaatliche Regulierung in vielen Bereichen außer Kraft. Derzeit gibt es zwei Antworten: die flexibilisierte angelsächsische Variante und die „postfordistische“ in Skandinavien, Deutschland bzw. im gesamten Alpenbogen. Welches Modell gewinnt, wissen wir nicht.

sion möglich. Sonst besteht die Gefahr, wieder in den Stalinismus zu verfallen.

Kommen wir zurück zu Deinem Buch, das einen starken Impuls für die Programmdebatte der österreichischen Grünen darstellt.

In „Grün“ schlage ich für die grüne Bewegung neben der ökologischen Verantwortung und dialogischer Demokratie eine Neuverknüpfung der klassischen Grundwerte Autonomie und Solidarität vor. Diese beiden Werte haben eine lange Tradition. Das neue ist die komplexe Verbindung auf Basis

der ökologischen Verantwortung für das Leben auf diesem Planeten und für künftige Generationen.

In Zeiten, in denen neoliberale Politik im Vormarsch ist und der Sozialstaat abgebaut wird, wie kann man da Solidarität und Autonomie zusammendenken?

Eben auf Basis einer „Ökologie der Werte“. Alle sozialen Bewegungen von 1968 bis 1989, im Osten wie im Westen, wandten sich gegen Hierarchie und Fremdbestimmung. Autonomie ist „anti-tayloristisch“, hat aber nicht Flexibilisierung im Sinn, wie sie das angloamerikanische Modell vorantreibt. Autonomie basiert

einmal eine Parteinarbeit, sie bilden die Basis für ein neues Ringen um kulturelle Hegemonie, um neue Allianzen und radikale Reformen, um die Herausbildung eines neuen hegemonialen Blocks. Die Rolle der grünen Partei liegt darin, Bündnisse zu stiften – zwischen Teilen der Gewerkschaft und der Kirche, der urbanen liberalen Kultur und Initiativen. Und sie muß gleichzeitig Alternativen für die Armen und ModernisierungsverliererInnen anbieten.

Es geht um einen Radikalreformismus, der sich um einen neuen, besseren „historischen“ Kompromiß nicht mehr im objektiven Interesse der Mehrheit, einer Klasse, des Nationalstaats, sondern in der relativ autonomen Repräsentation möglichst vielfältiger Interessen bemüht.

Warum spleißt in Deinem Reformprojekt die Arbeitszeitverkürzung eine so prominente Rolle?

Am Beispiel der Arbeitszeitverkürzung kann man gut den Zusammenhang zur Programmatik zeigen. Im Sinne der Autonomie geht es um mehr freie Zeit für jede/n einzelne/n. Zweitens kann damit die Arbeitslosigkeit reduziert und eine gerechtere Aufteilung der Arbeit ermöglicht werden. Es ist also eine konstruktive Alternative, die mehr Solidarität gerade dadurch erzielt, indem es mehr Autonomie und Vielfalt einbaut.

Wer können die Akteure sein, die das grüne Programm unterstützen?

Ö KURZ

Erfolg im Linzer Gemeinderat hatte eine von den Grünen eingebrachte Resolution, in der die österreichische Bundesregierung aufgefordert wird, das Verbot der Einfuhr, Durchfuhr, Stationierung und Herstellung von Atomwaffen in das Atomsperrgesetz aufzunehmen. Sie wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Österreich als atomwaffenfreie Zone zu erhalten, war offenbar der ÖVP, FPÖ und dem Liberalen Forum kein Anliegen, sie stimmten dagegen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Sie gehören zu den massiven Betreibern eines NATO- bzw. WEU-Beltritts, der seinen Mitgliedern die Stationierung von Atomwaffen auferlegt.

Zukunftsfähiges Wirtschaften in Kärnten lautet der Titel einer Studie, die die Grünen im Rahmen der „Faktor 4“-Messe am 20. Juni in Klagenfurt präsentierten. „Durch eine intelligente Bündelung regionaler Stärken und Entwicklung von Netzwerken zwischen Betrieben und Forschung können auch in schwierigen Lagen Erfolge erzielt werden“, so Autor Josef Baum. Die Studie versammelt Beispiele für diese Strategie, die Ansätze für eine nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung bieten. Die Präsentation war Teil eines „Zukunftsparcours“, den die Grüne Bildungswerkstatt im Messezentrum organisierte. Neben einem Internet-Cafe, Filmvorführungen, Kabarett und einer Solar-Roller-Ausstellung, stellte Alexander van der Bellen die grünen Vorschläge für eine ökosoziale Steuerreform vor.

Der europäische Ministerrat für Arbeit, Soziales und Gleichstellung wird sich von 8. bis 10. Juli in Innsbruck treffen. Neben einer internationalen Großkundgebung veranstaltet die Tiroler Grünen ein Fest für Arbeitslose und halten eine Mahnwache ab, die Grüne Bildungswerkstatt ist mit einer RAVEvolutionären Spektakel mit dabei.

Und die grünen Frauen sagen auf einer Bühne, was ihnen an der Frauen- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union nicht paßt: In einem Speaker's Corner, organisiert vom Unabhängigen Frauenforum, werden Frauen über ihre Lebenssituation und die Lage der Fraueneinrichtungen berichten und eigene Forderungen präsentieren (siehe Seite 16).

Im Innsbrucker Gestapo-Hauptquartier wurden zwischen 1940 und 1945 Menschen aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen verhaftet gefoltert und getötet. Landeshauptmann Weingartner scheint das zu bezweifeln. Als im Juli des Vorjahres der Stadtsenat beschloß, eine Mahntafel, am ehemaligen Gestapo-Hauptquartier, an der heutigen Landesbaudirektion, anzubringen, legte sich Weingartner quer und plädierte für eine Historikerkommission – um zu beweisen, was längst bewiesen ist. Nur so wäre gewährleistet, daß „keine falschen Angaben“ auf der Tafel aufscheinen. „Ein unglaublicher Zynismus gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus“, kritisiert der grüne LTAbsg. Franz Klug. Die Grünen werden weiterhin alles für die sofortige Anbringung der Tafel tun.